heute:
IKB aktuell

Handelsblatt.com
NEWS AM ABEND

IKB Deutsche Industriebank

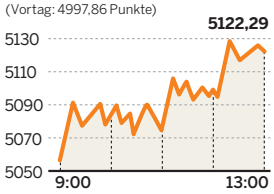
Mittwoch, 10. 6. 09 I Nr. 108
eNews für Entscheider
Redaktionsschluss 14:00 Uhr

Top-Klicks auf Handelsblatt.com/favoriten

1. Schickedanz: Insolvenz war unvermeidbar
2. Arcandor: Wer unter der Pleite leidet
3. Air-France-Absturz: Weitere Leichen geborgen
4. 2009: Das Jahr der Mega-Pleiten
5. Opel: Produktion soll ins Ausland abwandern

DAX 30

Mittwoch, 10.6.2009
(Vortag: 4997,86 Punkte)



Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

HEUTE

Schlappe für Private Krankenkassen
Die privaten Krankenversicherungen sind mit ihrer Klage gegen Teile der Gesundheitsreform vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. So müssen die privaten Kassen weiterhin auch ältere und kranke Menschen günstig in einem Basistarif versichern. **SEITE 2**

Magna will Opels Produktion verlagern
Der kanadisch-österreichische Autozulieferer Magna will nach vollzogener Opel-Übernahme die Fertigung von Motoren und Getrieben ins Ausland verlagern. **SEITE 5**

Kabinett billigt die Bad Bank
Das Bundeskabinett hat die Gesetzespläne zur Entlastung der Landesbanken von Risikopapieren gebilligt. Das verlautete heute aus Regierungskreisen in Berlin. **SEITE 7**



Blutiger Anschlag in Peschawar

Bei einem mutmaßlichen Taliban-Anschlag auf ein Luxushotel in Pakistan sind mindestens sieben Menschen getötet und 64 verletzt worden. Retter durchsuchen die Trümmer des Hotels, das durch die Explosion teils einstürzte, nach Vermissten und Hinweisen auf die Attentäter. Unter den Verletzten befindet sich eine Deutsche, die für Unicef tätig ist. afp

USA kopieren Abwrackprämie

„Cash for Clunkers" sieht Zuzahlungen von bis zu 4500 Dollar vor

HB I Washington Die deutsche Abwrackprämie wird immer mehr zum Exportschlager. Nach Frankreich, Japan und Großbritannien hat nun auch das US-Repräsentantenhaus eine Abwrackprämie beschlossen. Den späten Start wollen die Amerikaner mit großzügigen Prämien wettmachen: Pro Fahrzeug sollen bis zu 4500 Dollar (3200 Euro) gezahlt werden. Das Programm „Cash for Clunkers" (Bargeld für Schrottlauben) soll allerdings nicht nur die Nachfrage nach Neufahrzeugen beleben, sondern auch Anreize bieten, alte Wagen mit einem hohen Verbrauch gegen neue, umweltfreundlichere Modelle einzutauschen. Autokäufer könnten je nach Spritersparnis des Neufahrzeugs Gutscheine über 3500 oder 4500 Dollar erhalten. Voraussetzung für den 3500-Dollar-Gutschein ist, dass das neue Fahrzeug mit einer Gallone Sprit vier Meilen weiter fährt als das alte. Bei einem aktuellen Verbrauch von beispielsweise zwölf Litern je 100 Kilometer müsste das neue Fahrzeug zwei Liter weniger verbrauchen. Wegen der unterschiedlichen Verbrauchsberechnung erhöht sich der Einspareffekt je höher der Verbrauch des Altfahrzeuges ist. Kommt das neue Auto mit einer Gallone mehr als zehn Meilen weiter, erhält der Käufer 4500 Dollar vom Staat.

Der Gesetzentwurf, der noch durch den Senat muss, sieht ein Fördervolumen von bis zu vier Mrd. Dollar vor. Damit sollen rund eine Mio. Altfahrzeugen von den Highways geholt werden. Von dem Programm sollen auch ausländische Autobauer profitieren können.

Osten zeigt höhere Krisenresistenz

dpa I Berlin Ostdeutschland ist von der Wirtschafts- und Finanzkrise etwas weniger stark betroffen als die alten Bundesländer. Das geht 20 Jahre nach dem Mauerfall aus dem diesjährigen Bericht Deutsche Einheit hervor, den das Bundeskabinett heute beschloss.

In den neuen Bundesländern wird für 2009 ein Rückgang der wirtschaftlichen Leistung um fünf Prozent erwartet, für ganz Deutschland um sechs Prozent. Die stärkere Krisenfestigkeit liege daran, dass es im Osten mehr kleine bis mittlere Firmen gibt, die nicht so exportabhängig sind wie große Konzerne. Dennoch sei die Krise mittlerweile auch in Ostdeutschland spürbar, sagte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee.

4. Handelsblatt Jahrestagung
Praxisforum Genossenschaftsbanken.
1. und 2. Juli 2009, Grandhotel Schloss Bensberg, Bergisch Gladbach (bei Köln)
Handelsblatt
Substanz entscheidet.
Weitere Informationen erhalten Sie unter:
http://vhb.handelsblatt.com/genossenschaftsbanken

Kommentar
Bestandsschutz für Privatkassen



Peter Thelen
Handelsblatt

Ein Sieg auf der ganzen Linie sieht anders aus. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht heute sämtliche Rechtsänderungen zulasten der privaten Krankenversicherung durch die Gesundheitsreform im Grundsatz bestätigt. Doch zugleich hat Karlsruhe der Politik indirekt Grenzen für künftige Eingriffe aufgezeigt. Den neuen Basistarif in der PKV halten die Richter nämlich nur dann für mit der Verfassung vereinbar, wenn er von wenigen PKV-Versicherten genutzt wird, um z.B. hohen Risikoprämien im Alter auszuweichen oder den Anbieter zu wechseln.

Bisher haben den Sozialtarif, der nur über Quersubventionen aus dem normalen Versicherungsgeschäft finanzierbar ist, nur knapp 6000 der 8,4 Millionen Privatversicherten gewählt. Sollte er doch noch zum Renner werden, muss der Gesetzgeber erneut tätig werden, um eine Gefährdung des Geschäftsmodells der PKV zu verhindern. Damit haben die Richter deutlich gemacht, dass sie das PKV-System grundsätzlich für genau so schutzwürdig halten wie die soziale Krankenversicherung.

Dies ist eine Ohrfeige vor allem für Gesundheitsministerin Ulla Schmidt. Ihr an der Union gescheiterter Plan, den Basistarif zum Regeltarif in der PKV zu machen, den die einzelnen Kassen nur noch durch Zusatzversicherungen ergänzen könnten, dürfte damit für lange Zeit in der Schublade verschwinden. Das ist die gute Nachricht aus Karlsruhe für die Privatpatienten.

Schlappe für die PKV

Verfassungsgericht bestätigt neue Wettbewerbsregeln und den Basistarif

pt I Berlin Das Bundesverfassungsgericht hat heute mehrere Klagen gegen den Basistarif und weitere Eingriffe in das Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherung (PKV) durch die jüngste Gesundheitsreform zurückgewiesen. Die Bundesregierung zeigte sich erleichtert über die Entscheidung. „Es ist ein ganz wichtiges Urteil für die Organisation eines bezahlbaren Krankenversicherungsschutzes für alle“, sagte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) nach der Urteilsverkündung. Die PKV sprach von einem Teilsieg. Das Gericht habe zwar die Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen, zugleich aber klargemacht, dass die Politik das Geschäftsmodell der PKV nicht gefährden dürfe, sagte ein Sprecher.

Für die Privatversicherten bedeutet das Urteil, dass sie generell noch bis zum Ende dieses Monats die Möglichkeit haben, aus ihrem aktuellen Versicherungstarif unter Mitnahme eines Teils ihrer Alterungsrückstellungen in einen Basistarif bei ihrem bisherigen Anbieter oder einem anderen Unternehmen zu wechseln. Sie erhalten dann die gleichen Leistungen wie gesetzlich Versicherte und müssen maximal den gesetzlichen Höchstbeitrag von derzeit rund 550 Euro zahlen. Über 55-Jährige können jederzeit in den Basistarif gehen.

Außerdem bleibt es dabei, dass Angestellte erst dann in eine Privatversicherung wechseln können, wenn ihr Jahreseinkommen drei Jahre die Grenze von 48 600 Euro übersteigt. Wer sich neu versichert, kann jederzeit den Versicherungsanbieter wechseln und dabei anders als Altversicherte einen Teil seiner Alterungsrückstellungen mitnehmen. Auch das mit der Gesundheitsreform eingeführte Kündigungsverbot bestätigte Karlsruhe. Wer vorübergehend seine Prämie nicht zahlen kann, behält im Krankheitsfall seinen Anspruch auf eine Notversorgung.



Kontrahenten: Ministerin Ulla Schmidt und Reinhold Schulte, Chef des Verbands der privaten Krankenversicherungen. ap

Bundesverfassungsgericht zu Basistarif: „Für das in der Gesundheitsreform formulierte Ziel, allen Einwohnern ... einen bezahlbaren Krankenversicherungsschutz ... zu sichern, kann sich der Gesetzgeber auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes berufen... Ohne den Kontrahierungszwang hätten insbesondere Personen mit gravierenden Vorerkrankungen keine Möglichkeit, in eine private Versicherung ausgenommen zu werden, weil diese sie wegen des erhöhten Risikos nicht aufnehmen würde.“

USA planen Versicherung für alle

rtr/afp I Washington Führende Demokraten im US-Senat haben einen Gesetzentwurf zur Reform des Gesundheitswesens vorgelegt. Der Plan sieht weitreichende Veränderungen auf dem Versicherungsmarkt vor. Privatpersonen würden demnach künftig verpflichtet, eine Versicherung abzuschließen, während Versicherer den Schutz nicht wegen der Krankengeschichte eines Antragstellers verweigern oder verteuern dürften. Um die Versicherung für alle Bürger erschwinglich zu machen, sollen dem Entwurf zufolge staatliche Zuschüsse gewährt werden.

Im Kongress sind bereits mehrere Vorschläge für eine Reform des US-Gesundheitswesens anhängig. Die Demokraten hoffen auf eine Verabschiedung eines Gesetzes noch in diesem Jahr. Derzeit haben rund 46 Millionen US-Bürger, also etwa ein Sechstel der Bevölkerung, keine Krankenversicherung. Die Republikaner kritisierten die Vorlage umgehend. Sie sind gegen eine größere Einmischung des Staates in das Gesundheitswesen. Eine umfassende Gesundheitsreform zählt zu Obamas wichtigsten Wahlkampfversprechen.

Palau nimmt Häftlinge auf

dpa I Koror Der kleine Inselstaat Palau im Pazifischen Ozean nimmt auf Bitten Washingtons bis zu 17 uigurische Häftlinge aus dem umstrittenen US-Militärgefängnis Guantánamo auf. Auch Deutschland war zuvor mehrfach von den USA um die Aufnahmen uigurischer Häftlinge gebeten worden.

Der palauische Präsident Johnson Toribiong sprach heute von einer „humanitären Geste“. Es sei geklärt, dass es sich bei den Angehörigen des im Westen Chinas lebenden muslimischen Turk-Volks nicht um „feindliche Kämpfer“ handele, heißt es einer Präsidentenerklärung. Die Aufnahme sei vorübergehend, der Aufenthalt werde regelmäßig überprüft.

„Die Entscheidung erfolgt in Übereinstimmung mit der uralten Tradition Palaus, Menschen in Not Obdach und Hilfe zu gewähren“, schrieb der Präsident weiter. US-Außenministerin Hillary Clinton hatte sich kürzlich an den Inselstaat gewandt. Durch die Aufnahme könnten „die bereits starken und besonderen Beziehungen noch vertieft werden“.

Die US-Regierung hatte auch der Bundesregierung eine Liste mit neun Namen von Uiguren übermittelt. Vier der inhaftierten Uiguren hatten laut „Spiegel Online“ zuvor an die Bundesregierung appelliert, sie in Deutschland aufzunehmen.

Impressum
Handelsblatt News am Abend

Verlag: Handelsblatt GmbH
Geschäftsführung:
Joachim Liebler
Dr. Tobias Schulz-Isenbeck

Redaktion:
Bernd Ziesemer (verantw.)
Peter Pfister (Redaktionsltg.)
Sabine Haupt, Anja Kühner,
Elga Lehari-Reichling,
Karen Wientgen

Corporate Editions:
Content Sales
Tel.: 0211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de

Anschrift:
Kasernenstr. 67
40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de
Internet: www.newsamabend.com

Meldungen

Inflation rutscht im Mai auf null
Das Leben in Deutschland ist im Mai erstmals seit mehr als 20 Jahren im Jahresvergleich nicht teurer geworden. Die Inflationsrate lag bei null Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Verbraucher profitierten vor allem von sinkenden Preisen für Sprit und Lebensmittel, die nach beispiellosen Höchstständen im vergangenen Sommer in der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder stark sanken.

Firmenpleiten greifen um sich
Durch den beispiellosen Konjunktureinbruch im ersten Quartal 2009 sind in Deutschland wieder deutlich mehr Firmen pleitegegangen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 10,0 Prozent auf 7712, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Besonders der März war ein schwarzer Monat: Die Amtsgerichte verzeichneten 2874 Unternehmensinsolvenzen – ein Plus von 31 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Franzosen nehmen Manager gefangen
Aus Protest gegen die Schließung einer der ältesten Papiermühlen in Europa haben französische Arbeiter erneut zwei Manager gefangengenommen. Die zum US-Konzern Schweitzer-Mauduit gehörende Fabrik in Malaucène in der Provence sei „blockiert", sagte Betriebsratschef George Pouilly.

Abschwung erfasst Österreich
Ein Einbruch der Exporte vor allem an den Haupthandelspartner Deutschland hat Österreichs Wirtschaft im ersten Quartal mit voller Wucht getroffen. Nach Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo) ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Januar bis März um 2,6 Prozent gesunken.

Firmen zögern mit Jobabbau

IAB: Instrument der Kurzarbeit erreicht langsam seine Grenzen

rtr I Berlin Trotz des stärksten Einbruchs des Wirtschaftswachstums seit den 30er-Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland langsamer als in früheren Krisenjahren. Zu diesem Ergebnis kommt das Forschungsinstitut IAB der Bundesagentur für Arbeit (BA) in seiner heute veröffentlichten Arbeitsmarktprognose. Viele Unternehmen hätten in bisher nicht gekanntem Maße interne Strategien wie die Verringerung der Arbeitszeit verfolgt, um ihren Personaleinsatz ohne Entlassungen an die schlechtere Auftragslage anzupassen.

Dazu trage auch die Ausweitung der Kurzarbeit bei. Dieses Instrument erreiche aber langsam seine Grenzen. Für den Herbst 2009 erwartet das IAB aber einen kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Diese dürfte im Jahresschnitt 2010 dann auf fast 4,5 Millionen Erwerbslose steigen. Parallel werde sich die Zahl der Kurzarbeiter auf 500 000 halbieren. „Die Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung dürften dann ausgereizt sein", schreiben die Forscher. Daher werde die Arbeitslosigkeit 2010 kräftig steigen, obwohl sich die Konjunktur nach dem kräftigen Einbruch in diesem Jahr wieder stabilisieren werde.


Der große Ansturm lässt noch auf sich warten: die Agentur für Arbeit in München. ap

Für das laufende Jahr rechnen die IAB-Forscher unverändert mit einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl um 430 000 auf 3,7 Millionen. Dies sei auch angesichts eines erwarteten Rückgangs der Wirtschaftsleistung um sechs Prozent keineswegs zu optimistisch, schreiben die Forscher.

Die Wirtschaft hat ihre Talfahrt auch nach Berechnungen des DIW-Instituts im Frühjahr etwas gebremst. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte von April bis Juni zum Vorquartal um 0,8 Prozent geschrumpft sein, wie die Berliner Forscher in ihrem Konjunkturbarometer feststellten. Im ersten Quartal belief sich das Minus noch auf 3,8 Prozent. „Der freie Fall in der Industrie ist zwar gestoppt", sagte DIW-Experte Stefan Kooths. Allerdings sei die Fallhöhe extrem groß: „Produktion und Bestellungen sind auf einem Niveau aufgeschlagen, das zuletzt vor zehn Jahren beobachtet wurde."

Japan setzt sich ehrgeizige Klimaziele

rtr I Tokio Japan will seinen CO_2-Ausstoß bis 2020 um 15 Prozent reduzieren und setzt sich damit nach eigener Darstellung schärfere Ziele als die EU und die USA. Ministerpräsident Taro Aso erklärte heute in Tokio, die Reduzierung um 15 Prozent bemesse sich an dem Ausstoß von 2005. Das Ziel seines Landes sei extrem ambitioniert. Europa etwa plane auf dieser Basis eine Reduzierung um 13 Prozent, die USA 14 Prozent.

Japans Ziel bleibt aber deutlich hinter den Forderungen von Uno-Experten zurück. Gegenüber dem bislang üblichen Basisjahr 1990 bedeuten Asos Zahlen eine Reduzierung von 8,5 Prozent. Uno-Wissenschaftler hatten erklärt, die reichen Nationen müssten ihren Kohlendioxid-Ausstoß bis 2020 um 25 bis 40 Prozent unter das Niveau von 1990 senken, um die schlimmsten Folgen der Klimaerwärmung zu verhindern. Japans Vorgaben werden als Signal für andere Industrieländer gesehen, zu welchen Einschnitten sie im Kampf gegen den Klimawandel bereit sind.

Autobombe auf Markt im Irak

dpa I Al-Nassirija Terroristen haben heute auf einem Markt im Süden des Iraks 32 Menschen getötet. Augenzeugen und Polizisten berichteten, 47 weitere Menschen seien verletzt worden, als eine Autobombe in dem El-Batha-Marktviertel im Norden der Stadt Nassirija explodierte. Zahlreiche Geschäfte wurden zerstört. Zu dem Anschlag bekannte sich zunächst niemand. Dutzende Einwohner der Stadt meldeten sich, um Blut für die Verletzten zu spenden.

Nassirija ist die Hauptstadt der normalerweise recht friedlichen Provinz Dhi Kar. Die irakischen Sicherheitskräfte hatten die Kontrolle über die Provinz 2006 übernommen.

Schüsse auf Richterin in Inguschetien

rtr I Moskau In der südrussischen Republik Inguschetien ist heute eine Richterin des Obersten Gerichts einem Attentat zum Opfer gefallen. Ihr Dienstwagen sei in der Stadt Nasran mit Schnellfeuerwaffen beschossen worden, als Asa Gasgirejewa auf dem Weg zur Arbeit gewesen sei, meldeten russische Nachrichtenagenturen. Der Vorsitzende des Gerichts, Michail Sadwornow, sagte, die Tat stehe im Zusammenhang mit ihrem Richteramt. In Inguschetien und im benachbarten Dagestan hat die Gewalt muslimischer Extremisten zugenommen. Die Armut im Nordkaukasus liefert einen Nährboden für extremistische Gewalt.

Reformer hoffen auf Mussawi

Ahmadinedschads Gegenkandidat stützt sich auf Frauen und Jugend



Hofft, Irans nächster Präsident zu werden: Der Reformer Mir Hussein Mussawi winkt seinen Anhängern im Wahlkampf zu ap

dpa/afp I Teheran Parolen wie „Tod dem Diktator", skandierten gestern Abend etwa Zehntausende Anhänger des 67-jährigen Mir Hussein Mussawi. „So Gott will wird die „Grüne Welle" am 12. Juni (Irans Wahltag) die „Schwarze Welle" ersetzen", rief ein Redner. Der frühere Ministerpräsident Mussawi, der selbst nicht an der Kundgebung teilnahm, ist nach Umfragen aussichtsreichster Oppositionskandidat. Während Mussawi als moderat und reformwillig gilt, zählt Amtsinhaber Mahmud Ahmadinedschad zu den führenden Vertretern der harten Linie und hat die Unterstützung des Establishments. Hinter Mussawi steht außer seiner „Grüne Welle"-Bewegung eine Oppositionskoalition der moderaten und reformorientierten Parteien.

Wenn es nach Studenten, Künstlern und Intellektuellen ginge, würde Iran von Mussawi regiert. Viele Frauen und Jugendliche engagierten sich im Wahlkampf für den gemäßigt konservativen Politiker. Eine Chance hat Mussawi aber nur, wenn sie auch zur Wahl gehen. Die geringe Wahlbeteiligung gilt als einer der Hauptgründe für den überraschenden Wahlsieg des damaligen Außenseiters Ahmadinedschad 2005.

Insgesamt hat Irans Wächterrat vier Kandidaten zur Präsidentschaftswahl zugelassen (siehe Kasten). Der 52-jährige Ahmadinedschad ist auf dem Land und in den Armutsvierteln Teherans, deren Bürgermeister er bis 2003 war, beliebt. Mit Wohnungsbau-Programmen sicherte sich der selbst ernannte „Diener des Volkes" die Unterstützung der einfachen Leute.



Legt sich häufig mit dem Westen an: Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad ap

Ahmadinedschads Gegenspieler

Mir Hussein Mussawi
war 1980 bis 1988 Regierungschef und richtete ein System der Lebensmittelrationierung und Preiskontrollen ein. Der gemäßigte Konservative Mussawi verspricht eine Stabilisierung der krisengeschüttelten iranischen Wirtschaft.

Mehdi Karubi
wirft Ahmadinedschad vor, die Öl-Einnahmen zu verschleudern – und will alle Iraner an Einnahmen des nationalen Gaskonzerns beteiligen. Als „Scheich der Reformen" tritt Karubi für eine Liberalisierung ein.

Mohsen Resai
leitete 16 Jahre lang die Revolutionsgarden, die „ideologische Armee". Der 54-jährige Konservative will etwas gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Inflation unternehmen.



Donnerstag, 3. September 2009, 14.00 Uhr
Maritim Hotel Düsseldorf

**Die Krise als Chance.
Weichenstellungen für den nächsten Aufschwung.**

Freuen Sie sich auf eine interessante Veranstaltung mit folgenden Mitwirkenden:

- **Werner M. Bahlsen**
  Vorsitzender der Geschäftsführung
  Bahlsen GmbH & Co. KG, Hannover
- **Dr. Dr. Peter Bettermann**
  Sprecher der Unternehmensleitung
  Freudenberg & Co. KG, Weinheim
- **Dr.-Ing. Herbert Hanselmann**
  Geschäftsführender Gesellschafter
  dSpace GmbH, Paderborn
- **Dr. Gert-Jan Huisman**
  Vorsitzender des Vorstands
  CENTROTEC Sustainable AG, Brilon
- **Dr. Hans-Eberhard Koch**
  Vorsitzender der Geschäftsführung
  Witzenmann GmbH, Pforzheim
- **Ulrich Grillo**
  Vorsitzender des Vorstands
  Grillo-Werke AG, Duisburg
  Mitglied des BDI-Präsidiums
- **Hans Jörg Schüttler**
  Vorsitzender des Vorstands
  IKB Deutsche Industriebank AG,
  Düsseldorf

Veranstalter
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
IKB Deutsche Industriebank AG

Information/Anmeldung
per Fax: 0211 8221-3940
oder im Internet

www.ikb.de/branchen&märkte/veranstaltungen

BDI
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

IKB
Deutsche Industriebank

Meldungen

Südzucker hat größte EU-Exporthilfe
Der Zuckerproduzent Südzucker hat in Deutschland 2004/2005 die meisten EU-Exportsubventionen bekommen. Südzucker habe knapp 82 Mio. Euro Hilfe erhalten, berichtete die Umweltschutzorganisation Greenpeace, die sich auf eine Liste des Hauptzollamtes Hamburg-Jonas beruft. Auf den ersten zehn Plätzen finden sich vor allem Zuckerunternehmen und Molkereien. Zur Empfängerliste gehören danach auch Süßwarenhersteller Storck und Schokoladenproduzent Ritter. Greenpeace hatte vor dem Bundesverwaltungsgericht die Veröffentlichung durchgesetzt.Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) kritisierte die Hilfen in der „taz".

Auslastung der Lufthansa-Jets sinkt
Auch Flugstreichungen und der Einsatz kleinerer Maschinen haben nicht komplett verhindern können, dass die Auslastung weiter gesunken ist, berichtet Lufthansa heute. Danach ging im Passagiergeschäft des Konzerns inklusive der Swiss der sogenannte Sitzladefaktor um 4,4 Punkte auf 74,2 Prozent zurück. Das heißt, dass jeder vierte Sitz in den Maschinen unbesetzt blieb.

Porsche verlässt sich bei Krediten auf KfW
Der hochverschuldete Sportwagenbauer Porsche setzt in den laufenden Kreditverhandlungen allein auf die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau. „Wir verhandeln derzeit nur mit der KfW", sagte ein Sprecher.

Sennheiser meldet Gewinn-Rückgang
Der Audiotechnikhersteller Sennheiser hat 2008 vor allem in Amerika und Großbritannien wegen der Wirtschaftskrise heftige Einbußen hinnehmen müssen. Insgesamt ging der Umsatz um 2,4 Prozent auf 385,8 Mio. Euro zurück, der Ertrag sank um 26,7 Prozent auf 14,8 Mio. Euro, berichtete das Unternehmen heute.

Magna plant Verlagerungen

Opel-Produktion soll teilweise ins Ausland verlagert werden

dpa I Frankfurt Der kanadisch-österreichische Autozulieferer Magna will nach vollzogener Opel-Übernahme laut einem Pressebericht einen Teil der Produktion ins Ausland verlagern. Betroffen sei die Fertigung von Motoren und Getrieben, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" unter Berufung auf ein Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums vom 5. Juni an den Haushaltsausschuss des Bundestages.

In den Unternehmensteilen arbeiteten 3600 der 25 000 Beschäftigten in Deutschland, hieß es. In ganz Europa plane Magna bei Opel den Abbau von 9500 der insgesamt 55 000 Arbeitsplätze. Die Auslastung der 14 Opel-Fabriken solle dadurch von 56 auf 96 Prozent steigen. Magna war für eine Stellungnahme zunächst nicht zu erreichen.


Fahrzeuge vom Modell Opel Corsa werden im Opel-Werk in Eisenach montiert. dpa

Laut der Zeitung enthält das Papier Planungen von Magna zu einzelnen Standorten in Deutschland. Demnach soll die Fahrzeug-Produktion in Bochum und Rüsselsheim zwar erhöht, gleichzeitig aber die Getriebefertigung in die ausländischen Werke Aspern in Österreich und Szentgotthart in Ungarn verlagert werden. In Kaiserslautern solle dagegen die Komponenten- und Motorproduktion mit Ausnahme des Motors L850 fortgeführt werden. Noch nicht entschieden sei, ob die Vorfertigung von Komponenten aus Saragossa nach Kaiserslautern geholt werde.

Im spanischen Saragossa ist der Fortbestand des Opel-Werks laut Regierung gesichert. Es sei vereinbart, dass das Opel-Modell Meriva ab 2010 exklusiv in dem Werk Figueruelas gebaut werde, sagte Industrieminister Miguel Sebastian heute im Kongress. „Damit ist die Zukunft des Werks vollständig garantiert." An dem Standort wird hauptsächlich der Opel Corsa gebaut.

Merckle-Gruppe ist gerettet

dpa I Ulm Die Gläubiger der Industriellen-Familie Merckle gewähren der Unternehmensgruppe einen weiteren Kredit. Gestern habe die letzte der 61 Banken ihre Unterschrift unter den Restrukturierungsvertrag gesetzt, berichtet das „Manager-Magazin" heute unter Berufung auf Verhandlungskreise. Damit sei der Weiterbestand der Merckle-Vermögensholding VEM sowie des Pharmagroßhändlers Phoenix bis Januar 2011 gesichert.

Die Banken hätten der Merckle-Gruppe Sanierungskredite in Höhe von 430 Mio. Euro bewilligt. Im Gegenzug habe sich Familienerbe Ludwig Merckle verpflichtet, den Generikahersteller Ratiopharm, Beteiligungen an dem Baustoffkonzern Heidelbergcement sowie wenn nötig auch den Pharmagroßhändler Phoenix zu verkaufen. Mit den Erlösen sollen Schulden in Höhe von 8,356 Mrd. Euro getilgt werden.

Heidelbergcement hat unterdessen einen Teil seiner indonesischen Tochter Indocement Tunggal Prakarsa an internationale Investoren verkauft und damit 220 Mio. Euro erlöst.

Heidelbergcement-Aktien stiegen um 6,1 Prozent.

Rémy Cointreau-Gewinn sinkt

rtr I Paris Der französische Spirituosenhersteller Rémy Cointreau bekommt in der Wirtschaftskrise eine zunehmende Abstinenz der Verbraucher zu spüren. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008/09 sei der operative Gewinn um 14,2 Prozent auf 137 Mio. Euro gefallen, teilte der Konzern heute mit. Grund seien die schlechte Wirtschaftslage und der Ausstieg aus dem Vertriebs-Joint-Venture Maxxium, an dem unter anderem das US-Unternehmen Fortune Brands beteiligt ist. Zudem hätten Einzelhändler und Vertriebe wegen der schleppenden Nachfrage ihre Lagerbestände reduziert.

Rémy Cointreau, zu dessen Markenpalette Remy Martin Cognac, Cointreau-Likör und der Champagner Piper-Heidsieck gehört, gab keine Prognose für das laufende Geschäftsjahr ab.

Milliardenfusion für Iraks Ölförderung

rtr I London Der britische Ölkonzern Heritage Oil hat sich auf eine Fusion mit Genel Energy International aus der Türkei verständigt. Aus dem Zusammenschluss gehe ein Ölkonzern hervor, der sich auf den kurdischen Teil des Iraks konzentriere und rund 5,5 Mrd. Dollar wert sei, teilte Heritage gestern mit. Genel ist eine Sparte der Cukurova-Gruppe. Sie soll rund 50 Prozent an dem erweiterten Unternehmen halten. Heritage wird in Aktien zahlen.

Heritage hofft durch die Fusion auf die Aufnahme in das britische Börsenbarometer FTSE der 100 größten Unternehmen. Heritage-Chef und -Gründer Tony Buckingham setzt auf ein Ende des Streits zwischen Bagdad und den Kurden.

Meldungen

Steiff-Chef wegen Vergewaltigung angeklagt
Eine Angestellte der Kuscheltier-Firma Steiff wirft dem deutschen Geschäftsführer Martin Frechen Vergewaltigung vor. In einer Klage, die sie am Montag vor einem Gericht in Manhattan einreichte, forderte die 32 Jahre alte Jane Collins Schadensersatz von 80 Mio. Dollar. Frechen soll die alleinerziehende Mutter seit 2004 immer wieder sexuell belästigt haben. Collins begann im Jahr 2000 bei Steiff als Telefonistin. Heute ist sie Marketing-Managerin. Sie habe so lange mit der Klage gewartet, weil sie ihren Job nicht verlieren wollte, sagte sie dem „Boston Globe".

Air Berlin schließt Kapitalerhöhung ab
Die Fluggesellschaft Air Berlin hat ihre Kapitalerhöhung abgeschlossen. Nachdem das Unternehmen in der vergangenen Woche bereits 6,6 Mio. Aktien bei institutionellen Investoren platziert hatte, zeichneten der türkische Großaktionär ESAS und das Management nun weitere 4,5 Mio. Stück, teilte Air Berlin heute mit. Insgesamt fließen dem Konzern damit rund 39 Mio. Euro zu.

Karstadt-Verkauf auf Eis

Arcandor setzt Verhandlungen zur Warenhausehe aus – Aktien steigen

dpa/rtr I Essen Nach dem Insolvenzantrag will Arcandor die Gespräche mit dem Konkurrenten Metro über einen Zusammenschluss der Warenhausketten Karstadt und Kaufhof zunächst einmal „auf Eis legen". „Das Thema Warenhaus AG ist neu zu bewerten. Die Metro ist dann einer von mehreren Partnern", sagte Arcandor-Sprecher Gerd Koslowski heute.

Metro spekuliert aber angeblich nicht auf Schnäppchenpreise für die Karstadt-Warenhäuser. Es solle einen „fairer Kaufpreis" für 60 Häuser gezahlt werden, sagte Metro-Chef Eckhard Cordes gestern. Er wolle aus der Kombination einen „starken europäischen deutschen Kaufhauskonzern bauen", der aus 160 Häusern bestehe. „Wir haben ein kurz- und mittelfristiges Ziel, dieses Neue zu schaffen, und ich glaube, jetzt bin ich ganz tollkühn, dass es die Möglichkeit geben könnte, ein solches neues Unternehmen an die Börse zu bringen", sagte Cordes.



Metro-Vorstandschef Eckhard Cordes hat große Pläne. ap

Die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Margret Mönig-Raane hat unterdessen die Strategie des früheren Vorstandschefs Thomas Middelhoff verteidigt. Die Hälfte der Immobilien zu verkaufen, um Schulden zu bezahlen und investieren zu können, sei eine gute Lösung gewesen.

Arcandor-Titel stiegen heute um 34,5 Prozent, Metro-Titel um 4,4 Prozent.

Großaktionärin Madeleine Schickedanz hat mit Bedauern auf die Insolvenz des Handels- und Touristikunternehmens reagiert. Zugleich wies sie indirekt jede Verantwortung für die Arcandor-Pleite zurück. „Ich habe mich mit meinem gesamten Vermögen engagiert und damit nach landläufiger Auffassung weit über jedes vertretbare Maß ins Risiko begeben", betonte sie in einer persönlichen Erklärung. Dem Aktionärspool um die Quelle-Erbin wird ein Arcandor-Anteil von rund 26,7 Prozent zugerechnet.

Die CSU verteidigt zu Guttenberg

HB I Düsseldorf Der Vorsitzende der Mittelstands-Union, Hans Michelbach (CSU), hat die Kritik von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier an Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg entschieden zurückgewiesen. Zu Guttenberg sei „das ordnungspolitische Gewissen der Bundesregierung" und habe „vollkommen zu Recht Staatshilfen für Arcandor abgelehnt", sagte Michelbach heute zu Handelsblatt.com. Steinmeier sehne sich offenbar nach Staatskapitalismus mit Rot-Rot-Grün. „Die SPD muss aufhören, Wahlkampfmonopoly zu spielen und sollte ihren gesunden Menschenverstand einschalten", sagte der Politiker.

Steinmeier hatte schwere Vorwürfe gegen zu Guttenberg erhoben. Es könne nicht sein, dass in einer Regierung der Arbeitsminister für die Beschäftigten und der Wirtschaftsminister für Insolvenzen kämpfe.

HEURE MEHR
Aktuelle Entwicklungen und Hintergründe zu Arcandor
www.handelsblatt.com/arcandor

Apcoa baut Tankstellen für Elektroautos

afp I Essen Die Fahrer von Elektroautos sollen ihre Wagen künftig in Parkhäusern betanken können. Der Stromkonzern RWE baut gemeinsam mit dem Parkhausbetreiber Apcoa ein Netz von Strom-Ladestationen auf, wie RWE heute mitteilte. Damit könnten Elektro-Autos etwa während des Einkaufs geladen werden, erklärten RWE und Apcoa. Die Preise fürs Aufladen stehen noch nicht fest. RWE denkt nach eigenen Angaben aber über einen Ökostromtarif und auch über Tarife mit mehrjährigen Preisbindungen nach.

Fiat darf bei Chrysler einsteigen

rtr I Washington Der Weg für den Verkauf des insolventen US-Autobauers Chrysler an Fiat ist frei. Das Oberste US-Gericht genehmigte gestern Abend den geplanten Einstieg des italienischen Konzerns bei der ehemaligen Daimler-Tochter. Einsprüche von Gläubigern und anderer Gegner des Verkaufs, die eine Aussetzung der Transaktion gefordert hatten, wurden zurückgewiesen.

Die US-Regierung begrüßte die Entscheidung. „Wir sind glücklich, dass die Allianz zwischen Chrysler und Fiat nun realisiert werden kann", hieß es aus dem Präsidialamt. Damit werde Chrysler die Möglichkeit gegeben, als konkurrenzfähiger und starker Autobauer zurückzukehren. Fiat hatte zuvor mit einem Platzen der Einigung gedroht, sollte es weitere Verzögerungen beim Verkauf von Chrysler geben. Auch Chrysler und die US-Regierung hatten den Supreme Court aufgefordert, den geplanten Einstieg rasch abzusegnen. Nach Insider-Angaben soll das Geschäft heute über die Bühne gehen.

Neuer Konzern haftet nicht für alte Autos

Experten zufolge kann nach der Gerichtsentscheidung auch die bisherige Opel-Mutter General Motors aufatmen. Der ebenfalls insolvente, größere Konkurrent GM verfolgt eine ähnliche Strategie des Blitzverkaufs wie Chrysler.

Unter anderem wollten drei Pensionsfonds, bei denen Chrysler in der Kreide steht, den Deal mit Fiat stoppen. Richterin Ruth Bader Ginsburg hatte den Abschluss am Montag für einen Tag deshalb auf Eis gelegt, um dem Obersten Gericht mehr Zeit für eine Entscheidung zu geben. Gestern reichten auch Verbraucherschutzorganisationen Einsprüche ein. Sie bemängelten, der neue Konzern übernehme nicht die Produkthaftung für ältere Chrysler-Fahrzeuge.

Verdacht gegen Pfizer

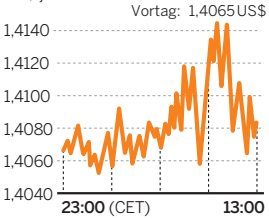
dpa I Köln Das Pharmaunternehmen Pfizer hält nach Angaben eines offiziellen Bewertungsinstituts Daten zu einem Arzneimittel gegen Depressionen zurück. Damit behindere Pfizer die bestmögliche Behandlung von Depressiven, teilte das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) heute mit.

Das Mittel Edronax mit dem Wirkstoff Reboxetin sei in mindestens 16 Studien getestet worden, von neun Studien fehlten jedoch die zentralen Informationen zur Bewertung des Mittels.

Märkte heute

Eurokurs

Mittwoch, 10.6.2009
US$ je Euro **1,4083**
Vortag: 1,4065 US$



Tops + Flops

Veränderung zum Vortagesschluss HDax	10.6.2009
Arcandor	+34,55 %
Conergy	+8,45 %
SGL Carbon	+7,67 %
Tognum	-5,76 %
Singulus	-2,33 %
Hypo Real Estate	-1,90 %

Indizes + Kennzahlen

	10.6.2009 (13:30)	
FTSE 100	**4501,50**	4404,79
Nikkei	**9991,49**	9786,82
Euro Stoxx	**234,36**	229,51
Umlaufrendite (%)	**3,38**	3,40
Brentöl ($)	**70,46**	69,70
Gold ($)	**960,99**	954,78

Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

Börse heute

Dank positiver Vorgaben von der Wall Street und aus Tokio hat der Dax heute kräftig zugelegt. Bis zum späten Mittag legte der Leitindex um 2,7 Prozent auf 5133 Punkte zu. „Die jüngsten Kursgewinne in den USA und Japan haben die Hoffnung geschürt, dass das Schlimmste hinter uns liegt", sagte ein Händler. Da es an positiven fundamentalen Daten fehle, sehe er allerdings kaum Raum für eine nachhaltige Erholung. Für gute Stimmung sorgte, dass die US-Regierung am Dienstag zehn der größten US-Banken grünes Licht gegeben hatte, Staatshilfen zurückzuzahlen. Börsianer sehen darin ein Entspannungssignal für den US-Bankensektor. Zu den Favoriten gehörten auch Stahlwerte. Diese profitierten Händlern zufolge von Nachrichten, wonach der Minenkonzern BHP Billiton bestimmten großen Stahlkonzernen Kohle künftig wesentlich günstiger verkauft. An die Spitze der Dax-Gewinner setzten sich Adidas mit einem Plus von gut sechs Prozent. Zuvor hatte HSBC die Aktie hochgestuft.

Bad Bank II gebilligt

Kabinett segnet Sanierungskonzept für Landesbanken ab

dpa I Berlin Die Sanierung der angeschlagenen Landesbanken hat eine wichtige Hürde genommen. Das Bundeskabinett hat heute die Gesetzespläne zur Entlastung der Landesbanken von Risikopapieren gebilligt, verlautete aus Regierungskreisen. Der Gesetzentwurf von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) für das sogenannte „Bad-Bank"-Modell sieht vor, dass Landesbanken „Ramschpapiere" sowie ganze Geschäftsfelder auf Abwicklungsgesellschaften auslagern können.

Zuvor hatten sich mehrere Länder auf eine Konsolidierung der Landesbanken bis Ende 2010 verständigt. Diese Zusage ist Voraussetzung für Hilfen zur Entlastung der Landesbanken. Sowohl Steinbrück als auch die EU-Kommission pochen auf einen Umbau des Landesbanken-Sektors. Es ist aber offen, inwieweit die Länder mit Landesbank-Beteiligung am Ende wirklich zu tiefen Einschnitten bei den jeweiligen Instituten bereit sind.



„Bad Bank" vor Durchbruch: Heute stimmte das Kabinett zu. dpa

Ein erster Gesetzentwurf für ein Bad-Bank-Modell ist bereits auf den Weg gebracht worden. Es ist aber vor allem für Privatbanken und strukturierte Papiere gedacht – also für die Finanzprodukte, die hoch kompliziert sind und Auslöser der Krise waren.

Für die Landesbanken gibt es nun ein weitergehendes Modell. Der Bund will die Landesbank-Eigentümer – Ländern und Sparkassen – stärker in die Pflicht nehmen. Der erweiterte Gesetzentwurf für „Bad Banks" („schlechte Banken") sieht im Kern vor, dass zukunftsträchtige Teile der Landesbanken erhalten bleiben und Problembereiche und Risikopapiere abgewickelt werden.

Dazu sollen Abwicklungsanstalten unter dem Dach der neuen Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) gegründet werden. Mögliche Verluste aus den ausgelagerten Positionen müssen weiter die Institute beziehungsweise Alteigentümer tragen.

Unklar ist, welche Landesbanken die Hilfen am Ende nutzen. Als Kandidaten galten bisher die HSH Nordbank und die WestLB. Die BayernLB und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) loten auch eigene Lösungen aus.

EU will Banken noch stärker unterstützen

rtr I Brüssel Die Banken müssen in der Finanzkrise nach Einschätzung der EU-Länder noch stärker staatlich unterstützt werden. Trotz massiver Hilfen an Garantien und Kapitalspritzen stehe der Bankensektor weiter unter großem Druck, und die Kreditversorgung bleibe gestört, heißt es in einem Entwurf der Erklärung des EU-Gipfels in der kommenden Woche, der Reuters vorliegt.

„Die Regierungen müssen in Alarmbereitschaft bleiben für weitere Maßnahmen, die notwendig sein könnten." Nach dem Entwurf wollen die EU-Staats- und Regierungschefs grünes Licht geben für eine rasche Reform der bisher national fragmentierten Finanzaufsicht in Europa. Auf die noch umstrittenen Kernfragen wie die Kompetenzen der geplanten drei neuen Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Börsen oder die Rolle der Europäischen Zentralbank gehen sie nicht ein. Doch die neue Aufsichtsstruktur soll schon im Lauf des kommenden Jahres umgesetzt werden.

Staatshilfe kein Makel für Europas Institute

rtr I Frankfurt Bei europäischen Banken zeichnet sich anders als in den USA keine schnelle Rückzahlung der Milliarden-Staatshilfen ab. Die US-Investmentbank Goldman Sachs macht dafür in einer heute veröffentlichten Studie insbesondere kulturelle Unterschiede verantwortlich. „Das Stigma einer Staatsbeteiligung ist in Europa relativ gering", heißt es in der Analyse.

Staatshilfen seien politisch eher akzeptiert, da die europäischen Staaten mehr Erfahrung mit Beteiligungen der öffentlichen Hand hätten. Zudem würden die Kapitalspritzen letztlich als Unterstützung der Gesamtwirtschaft angesehen, da sie die Kreditvergabe ankurbeln sollen.

Die Experten von Goldman Sachs kritisieren die vergleichsweise solide aufgestellten Banken für ihre zögerliche Haltung bei der Rückzahlung. Die staatlichen Auflagen im operativen Geschäft und die Deckelung der Entlohnung würden letztlich in niedrigeren Renditen für die Aktionäre münden. In den USA dürfen nun zehn Banken Staatshilfen von mehr als 68 Mrd. Dollar zurückzahlen.

Banker spüren Krise in der Brieftasche

dpa I Wiesbaden Die Bezüge der Bankangestellten schrumpfen in der Wirtschaftskrise. Die Sonderzahlungen an die Beschäftigten der Kreditinstitute sind im ersten Quartal dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um ein gutes Drittel (36,4 Prozent) auf durchschnittlich 500 Euro pro Monat zurückgegangen. Das geht aus Einkommenszahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst inklusive der fixen Anteile sank demzufolge um 5,2 Prozent auf 4714 Euro.

Härter traf es die leitenden Angestellten, die ein Gesamtminus von 14 Prozent auf ein durchschnittliches Bruttogehalt von 7928 Euro hinnehmen mussten. Ihre Sonderzahlungen halbierten sich um 47 Prozent oder 1900 Euro monatlich.

Die Sonderzahlungen setzen sich aus Elementen wie beispielsweise Prämien, Provisionen und Gewinnbeteiligungen zusammen. Neben der individuellen Leistung der einzelnen Beschäftigten spiegeln die Zahlungen auch die wirtschaftliche Situation der Unternehmen wider.

Meldungen



Emma Watson wird Burberry-Modell

„Harry Potter"-Star Emma Watson (19) steht immer häufiger Modell. Nun sei sie auch von dem britischen Modehaus Burberry als Aushängeschild entdeckt worden, berichtet „People.com". Für die Herbstkollektion ließ sich Watson von Starfotograf Mario Testino ablichten. Burberry-Kreativchef Christopher Bailey schwärmte von Watsons „klassischer Schönheit" und ihrer Lockerheit. Erst kürzlich hatte Watson für den deutschen Modedesigner und Fotografen Karl Lagerfeld posiert.

Tyson heiratet zwei Wochen nach dem Tod seiner Tochter

Zwei Wochen nach dem tragischen Unfalltod seiner vierjährigen Tochter hat der ehemalige Box-Champion Mike Tyson erneut geheiratet. Seine dritte Ehe ging der 42-Jährige am Samstag mit der 32-jährigen Lakiha Spicer ein, wie aus den Unterlagen des Standesamts hervorging.

Klima löst Massenexodus aus

Experten rechnen bis 2050 mit 200 Millionen Flüchtlingen



Flutkatastrophe in Nepal: Die Zahl der Flüchtlinge wird drastisch steigen. dpa

HB I Bonn Uno-Einrichtungen, Forscher und internationale Hilfsorganisationen haben vor einer rasant wachsenden Zahl von Flüchtlingen durch den Klimawandel gewarnt. Bis zum Jahr 2050 könnten 200 Mio. Menschen wegen der katastrophalen Folgen der Erderwärmung entwurzelt und auf der Flucht sein, berichteten die Organisationen heute bei der Uno-Klimakonferenz in Bonn. Das sind etwa 2,5-mal so viele Menschen wie in Deutschland leben. Der Klimawandel habe bereits heutzutage „einen immer größeren Einfluss auf die Entscheidung der Menschen, ihre Heimat zu verlassen", sagte der Klima-Koordinator der Hilfsorganisation Care, Charles Ehrhart.

Diese Flüchtlingsströme bedrohten die weltweite Sicherheit in einem noch nicht abschätzbaren Ausmaß. Dieses Szenario erfordere ein „neues Denken und praktische Lösungsansätze (...), um den Bedrohungen zu begegnen, die klimawandelbedingte Migration für die menschliche Sicherheit bedeutet", heißt es in einer von Care und der Uno veröffentlichte Studie. Angesichts bislang weitgehend verfehlter Klimaziele müssten die Folgen und praktischen Fragen ihrer Eindämmung stärker in den Mittelpunkt gerückt werden – parallel zu den Bemühungen um eine Reduzierung von Klimakillern wie Treibhausgasen.

Klimawandelbedingte Migration und Vertreibung müssten als „globale Prozesse" erkannt werden. Nur so könnte erfolgreich gegen sie angekämpft werden. Wirbelstürme, Dürren, rasante Gletscherschmelze und steigende Meeresspiegel mit ihren Folgen wie zunehmende Versalzung von Böden werden in der Studie als einige der schwersten Auswirkungen für Mensch und Umwelt genannt.

Tornados decken schon wieder Häuser ab

dpa I Neumünster Zwei Tornados haben in Schleswig-Holstein teils starke Zerstörungen angerichtet. Eine breite Schneise der Verwüstung zog ein Wirbelsturm am späten Dienstagabend durch Großsolt bei Flensburg. Insgesamt elf Häuser wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen und viele Dächer abgedeckt. Glimpflicher verlief das Unwetter in Neumünster: Gegen 19.30 Uhr wirbelte dort eine Windhose, wie ein Tornado auch genannt wird, durch den Stadtteil Gartenstadt, knickte etwa zehn Bäume um und beschädigte das Dach eines Pferdestalls. Feuerwehr-Einsatzleiter Erich Lassen sagte, die Windhose sei in einer Breite von rund 500 Metern drei Kilometer weit über den Ort gezogen. „Man sah sie ankommen wie ein Turm." Erst am Montag hatte ein Tornado in Köln schwere Schäden angerichtet.

Sudoku Zahlenspiel für Kreuz- und Querdenker

Anleitung: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 – 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und den 3x3 Feldern vorkommen. Dopplungen sind nicht erlaubt.

Die Lösungen zum Sudoku finden Sie in der nächsten Ausgabe des Handelsblatts.

Mittel

1	8						7	
		4	7	5				
	3				9			4
		6			8			5
		9	6			4		
	2	8	1	7				9
	4		5	6			9	2
5			9					7
			3		2			

Schwer

	5			1				2
8	2		9		5	4		
	7	9	3				5	
		4	6	8			2	
			1		9		7	
9		7		5			4	
						1		3
	6							
3					2			

Just a Minute

Business Spotlight

Testen Sie Ihr Englisch!

We really hit it _____ with Brenda. She's a great worker.

a) snag
b) bottom
c) lucky

Antwort c): to hit it lucky – Glück haben

Lernen Sie das Englischmagazin für den beruflichen Erfolg jetzt kennen:
www.business-spotlight.de/hb
©Business Spotlight, Spotlight Verlag 2008

IKB aktuell

Mittwoch, 10. Juni 2009 | Nr. 1056 THEMEN FÜR UNTERNEHMEN www.ikb.de

Steckbrief

IKB-Kunden stellen sich vor:

J.A.Woll

Woher wir kommen: *Die inhabergeführte Unternehmensgruppe J.A.Woll Handels GmbH wurde 1985 in Soltau gegründet. Sie betreibt heute 39 eigene Sonderpostenmärkte, sowie fünf Märkte im Franchise in Deutschland. Von der dort ansässigen Zentrale werden die angeschlossenen Filialen mit Waren und Dienstleistungen versorgt. Seit ihrer Gründung setzt die Unternehmensgruppe dabei darauf, dem Verbraucher durch günstige Produkte mit guter Qualität einen hohen Mehrwert zu verschaffen.*

Was wir anbieten: *Das Produktspektrum umfasst Artikel aus dem SB-Warenhaussortiment, sowie dem Bauhaussortiment. Diese stammen überwiegend aus Lagerüberhängen, Sortimentsumstellungen oder Insolvenzen. Neben Aktionswaren bieten wir ein umfangreiches Sortiment von Waren des täglichen Bedarfs zu günstigen Preisen ständig an.*

Wie wir uns positionieren: *Die Unternehmensgruppe mit Vertriebsschwerpunkt in Norddeutschland hat eine Handelsfläche von über 100.000 qm und mehr als 800 Mitarbeiter. Die konsequente Ausrichtung auf Produkte mit einem guten Preis-/Leistungsverhältnis garantiert dabei die anhaltend hohe Akzeptanz bei den Verbrauchern.*

Wohin wir wollen: *Geprägt durch den Erfolg der bestehenden Standorte gehört Expansion zur Unternehmensphilosophie. Der Ausbau des Filialnetzes innerhalb Deutschlands wird daher konsequent betrieben. Innerhalb der vertriebenen Sortimente wird der Schwerpunkt dabei noch mehr in Richtung Sonderposten verschoben, um den Anforderungen des derzeit schweren Marktumfeldes auch in Zukunft gerecht zu werden.*

Nils Hansen, Geschäftsleitung
www.jawoll.de

Impressum

IKB Deutsche Industriebank AG, Wilhelm-Bötzkes-Str. 1, 40474 Düsseldorf, **Redaktion:** Isis Keller, Tel.: +49 211 8221-3054, Fax: +49 211 8221-3354, E-Mail: redaktion@ikb.de

Verantwortlich für den Inhalt ist die IKB. Namentlich gekennzeichnete Fremdbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Weiterverbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung.

IKB Deutsche Industriebank

Branche im Fokus

Einzelhandel: Zwischen Stimmung und Wirklichkeit

Branche verzeichnet Umsatzrückgänge trotz eines stabilen Konsumklimas

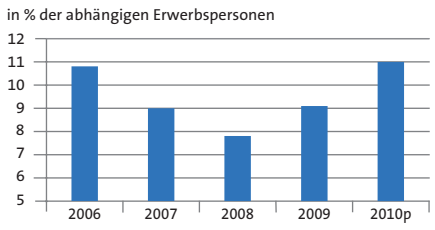
Manchen Einzelhändler werden die Ergebnisse des GfK-Konsumklimas mit Blick auf die eigene Umsatz- und Ertragslage verwundern. Seit März ermittelt die GfK ein stabiles Konsumklima, wenn auch auf niedrigem Niveau. Allerdings ist dieses Ergebnis alleine der Anschaffungsneigung geschuldet, welche durch die Abwrackprämie für Pkw und die im Vorjahresvergleich günstige Preisentwicklung beeinflusst wird. Konjunktur- und Einkommenserwartungen der Konsumenten weisen hingegen negative Werte auf. Im Jahresverlauf ist aus Sicht der IKB mit einem Übergewicht der negativen Faktoren auf das Konsumklima zu rechnen. Trotz erwarteter gesamtwirtschaftlicher Stabilisierung und verbesserten Kurzarbeitsregelungen wird die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Jahreshälfte deutlich steigen.

Der Anpassungsprozess bei der Beschäftigung wird sich in 2010 fortsetzen und Konsum und Einzelhandelsumsätze belasten. Nicht nur, dass die Haushaltsbudgets durch die Arbeitslosigkeit merklich beschnitten werden, die einzelhandelsrelevanten Ausgabenblöcke sind hiervon überproportional betroffen.

Die Abwrackprämie trägt ebenfalls ihren Teil dazu bei, dass dem Einzelhandel Kaufkraft entzogen wird. Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, zu denen auch die privaten Pkw-Käufe zählen, stiegen im ersten Quartal um 1,2 %, hingegen wurden die Ausgaben für alle einzelhandelsrelevanten Warengruppen eingeschränkt.

Während die IKB für den Privaten Verbrauch 2009 in realer Entwicklung lediglich einen Rückgang ggü. Vorjahr von 0,2 % prognostiziert, geht sie mittlerweile davon aus, dass die Einzelhandelsumsätze (ohne KfZ und Tankstellen) das Vorjahresniveau preisbereinigt um 2,5 bis 3 % (nominal -1,7 bis -2,5 %) verfehlen werden.

Entwicklung der Arbeitslosenquote



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; IKB-Prognose

In Summe steigt damit der Wettbewerbsdruck. Preisnachlässe zur Erhöhung der Kundenfrequenz und sinkende Erträge werden die Folge sein. Der Strukturwandel nimmt weiter Fahrt auf; erste Gewinner stehen bereits fest: discountierende Konzepte.

Johannes Sausen, IKB

Authentisch sein und Wertschätzen

Kommunikation als Grundlage für gelungene Veränderungsprozesse

Wenn „1+1“ mehr als „2“ ergeben soll, dann muss der Prozess der Zusammenführung zweier Unternehmen oder Unternehmensteile die Mitarbeiter besonders beachten. Nur eine vertrauensvolle Kommunikationsbeziehung ermöglicht es beiden Seiten, offen über notwendige Veränderungen zu sprechen. Wenn der Unternehmer konsistent und authentisch bleibt, kann er auf Basis gemeinsamer Werte auch harte Entscheidungen treffen, ohne dass das Betriebsklima darunter leidet. Mitarbeiter erkennen dann, dass der Chef auch ihre Interessen vertritt. Aktionistisches Handeln hingegen lässt den Widerstand gegen Veränderungsmaßnahmen drastisch steigen.

Auch die Auswahl eines Beraters für den Veränderungsprozess erfordert Fingerspitzengefühl. Folgende Punkte sollten gründlich überlegt werden:

- Ist im eigenen Haus Kompetenz für den Veränderungsprozess vorhanden?
- Welche Aufgaben soll der Berater übernehmen und begleiten (Teil- oder Gesamtprozess, Konzepterstellung und/oder Umsetzung)?
- Bringt der Berater die nötige Fach- und Sozialkompetenz mit?

Wenn diese Fragen geklärt sind, zeigt sich, ob mit dem Berater eine gemeinsame Kommunikationsebene gefunden werden kann. Nur dann ist zwischen Auftraggeber und Berater ein ebenso konstruktives Miteinander möglich, wie es später in der Umsetzung zwischen den Beteiligten nötig ist.

Alexander Flieger, Cloverleaf Consult International